

Stellungnahme

Eingebracht von: Korecky, Paul
Eingebracht am: 08.09.2020

Die durch das Internet geschaffene Möglichkeit, weltweit Nachrichten austauschen zu können, ist eine große zivilisatorische Errungenschaft der letzten Jahrzehnte, die die Gesellschaft freier, pluralistischer und demokratischer gemacht hat und Menschen auf der ganzen Welt näher zusammengebracht hat.

Dass es dadurch schwieriger geworden ist, den freien Informationsfluss zu kontrollieren, ist positiv zu beurteilen. Jeder versteht das, wenn es um autoritäre Staaten geht, und kritisiert zu Recht, wenn Diktaturen Gesetze wie dieses beschließen, natürlich dann mit Tatbeständen aus deren Strafgesetzbuch. Warum diese also imitieren oder inspirieren?

Der vorliegende Entwurf verpflichtet Private, festzustellen, was in Österreich rechtswidrig ist. Das ist selbst für Juristen nicht immer eindeutig; wenn es das wäre, brauchten wir keine Gerichte, um solche Fragen endgültig zu entscheiden. Trotz Möglichkeit zur Überprüfung wird das also dazu führen, dass kein Betreiber das Risiko in die andere Richtung eingehen wird. Man denke nur an Satire oder Insiderwitze, die Außenstehende falsch verstehen können.

Idealerweise bestünde das Internet, wie vor ca. 15 Jahren, zu einem größeren Teil als jetzt aus kleinen Foren, die von Privatpersonen als Hobby betrieben würden. Diese erfüllen zwar meist nicht das Benutzerminimum dieses Entwurfs, aber das ist dann nur noch eine Detailfrage: Ein späterer Gesetzgeber könnte diese Ausnahmen ja abändern und alle solchen Foren müssten zusperren.

Warum sollten Plattformen eigentlich feststellen müssen, wie viele ihrer Benutzer in Österreich ansässig sind? Nicht jede Plattform ist überhaupt an solchen Informationen interessiert. Warum sollten sich außerdem alle Menschen auf der ganzen Welt mit österreichischen Gesetzen befassen, nur weil sie eine für jedermann verfügbare Plattform im Internet betreiben? Hat die Regierung vor, kleine Forenbetreiber aus der ganzen Welt zu verhaften, sobald sie nach Österreich kommen, weil sie nicht darauf geachtet haben, wie viele Österreicher in ihrem (womöglich in einer fremden Sprache verfassten) Forum angemeldet sind?

Die Behauptung von BM Zadi, dass Löschpflichten "die Meinungsfreiheit schützen", kann man nur als orwellianisch bezeichnen. Wenn wir im Internet eine Kultur der Meinungsfreiheit haben bzw. stärken wollen, müssen wir uns in die diesem Entwurf genau entgegengesetzte Richtung bewegen!

Dieser Entwurf sollte ersatzlos zurückgezogen werden.

Paul Korecky, BSc.
1200 Wien